

Atomwaffenverbotsvertrag positiv begleiten

Die SPD im Bundestag wird aufgefordert, sich konsequent dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung sich am Diskussionsprozess zum Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons (Atomwaffenverbotsvertrag (AVV)) aktiv beteiligt. Der Bundestag hat in einem überfraktionellen Antrag vom 24.03.2010 (Drs. 17/1159) einstimmig (mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) beschlossen: „sich weiterhin proaktiv an der Diskussion über die verschiedenen, auch zivilgesellschaftlichen Ansätze für eine vollständige nukleare Abrüstung zu beteiligen, wie beispielsweise an der „Global Zero“-Initiative oder der Diskussion über den Vorschlag einer Nuklearwaffenkonvention zur Ächtung von Atomwaffen.“ Diese Konvention ist inzwischen am 20. Januar 2021 nach der Ratifizierung von über 50 Staaten in Kraft getreten.

Bedauerlicherweise haben sich die Bundesrepublik Deutschland, fast alle EU- und NATO-Staaten nicht an den Verhandlungen beteiligt. Die NATO lehnt den Vertrag strikt ab, unterstreicht aber ihre Unterstützung des Nichtverbreitungsvertrages (NPT) und betont, sie strebe eine Welt ohne Nuklearwaffen an, bleibe aber eine nukleare Alliance, solange es Nuklearwaffen gebe.

Eine Ablehnung des Vertrages bringt aber die Abrüstungsdebatte nicht voran. Der Atomwaffenverbotsvertrag steht nicht, wie behauptet, dem Nichtverbreitungsvertrag (NPT) entgegen, sondern kann das Abrüstungsanliegen positiv unterstützen.

Die SPD Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass die Bundesregierung, sich an der ersten Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrages als Beobachter beteiligt und damit einen schrittweisen Prozess zur Unterzeichnung und Ratifizierung in Gang setzt.

Die SPD Bundestagsfraktion muss sich dafür einsetzen, dass auf der bevorstehenden Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages in diesem Jahr der Atomwaffenverbotsvertrag als ein Weg der Unterstützung der nuklearen Abrüstung akzeptiert wird.

Begründung: In einem offenen Brief haben sich 56 frühere Präsidenten, Ministerpräsidenten, Außen- und Verteidigungsminister aus 20 NATO-Staaten und aus Japan und Südkorea sowie der ehemalige UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon sowie zwei ehemalige Generalsekretäre der NATO; Javier Solana und Willy Cleas an die Regierenden der Welt gewandt, um angesichts der Kündigung von jahrzehntealten Abrüstungsverträgen, von neuem nuklearem Wettrüsten und drohendem Nuklearkrieg, vermehrte Anstrengungen zur nuklearen Abrüstung zu unternehmen. Sie fordern die Regierenden der Länder, die den Vertrag ablehnen, auf, ihre Position zu überdenken. Der Vertrag steht nicht im Gegensatz zum Nichtverbreitungsvertrag. Auch dieser verpflichtet seine Teilnehmerstaaten zur Abrüstung von Nuklearwaffen bis zum Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt.